

Aargau versenkt Bildungsinitiative

Die Bildungsinitiative «Bildungsqualität sichern – jetzt!» erlitt Schiffbruch. 42,6 Prozent der Stimmberechtigten votierten für das Anliegen von Bildung Aargau. Nun müssen Regierungsrat und Parlament Lösungen bringen.



In sechs Aargauer Gemeinden fand sich eine Mehrheit für die Bildungsinitiative.

Den Aargauerinnen und Aargauern sitzt das Geld beim Verkehr lockerer als bei der Bildung. Während am vergangenen Abstimmungssonntag 54,3 Prozent dem mit 384 Millionen Franken teuersten Verkehrsprojekt aller Zeiten im Kanton zustimmten, fand die Bildungsinitiative keine Mehrheit. «Bildungsqualität sichern – jetzt!» vom Lehrpersonenverband Bildung Aargau kam auf 42,6 Prozent der Stimmen. Nur gerade sechs der 196 Aargauer Gemeinden stimmten dem Anliegen zu. Das Initiativkomitee nehme die Ablehnung mit Bedauern zur

Kenntnis, heisst es in einer Mitteilung. «Die Bildungsinitiative wollte die langfristige Sicherung der Bildungsqualität in der Verfassung verankern. Sie war bewusst offen formuliert und schrieb keine konkreten Massnahmen vor», heisst es weiter. Ziel sei ein klares politisches Bekenntnis zu guten Rahmenbedingungen für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrpersonen gewesen.

Nun sei die Politik gefordert. Das Komitee erwarte von Regierung und Parlament, dass den seit Jahren bekannten Herausforderungen konkrete Massnahmen folgen. «Notwendige Lösungsansätze liegen längst auf dem Tisch», heisst es weiter. Kathrin Scholl, ehemalige Präsidentin von Bildung Aargau, ist sich sicher: «Das Thema bleibt, es gibt noch viel zu tun.»

Bestätigung für Martina Bircher

Die Aargauer Bildungsdirektorin Martina Bircher (SVP) sagte nach der Abstimmung zur «Aargauer Zeitung», dass sie das Nein der Bevölkerung als Bestätigung für den eingeschlagenen Weg lese. So seien bereits Massnahmen beschlossen worden, die zu einer Verbesserung der Situation beitragen sollen. Etwa bei der Frühförderung, den Förderklassen oder beim Strategiepaket für Sprachen. (ar)

KANTON ST. GALLEN

Kopftuchverbot per Gesetz

Lehrerinnen dürfen im Kanton St. Gallen künftig von Gesetzes wegen beim Unterrichten kein Kopftuch tragen. Das Parlament hat im Juni einen entsprechenden Vorstoss überwiesen. Die Regierung muss nun eine Gesetzesanpassung vorbereiten, die Lehrpersonen das Tragen religiöser Symbole an öffentlichen Schulen untersagt. Dann kommt die Vorlage erneut ins Kantonsparlament.

KANTON BERN

Frühfranzösisch bleibt

Im Unterschied zu anderen Kantonen war die Abschaffung von Frühfranzösisch im Kanton Bern chancenlos. Der Vorstoss, der dies forderte, wurde vor der Beratung im Parlament zurückgezogen. Es zeichnete sich eine Ablehnung ab. Eingereicht hatten ihn die Grünliberalen. In Bern stehen ab der dritten Klasse Französisch und ab der fünften zusätzlich Englisch auf dem Stundenplan.

KANTON ZÜRICH

Mehr Freiheit bei Lehrmittelwahl

Im Kanton Zürich sollen künftig Lehrpersonen aus geprüften Lehrmitteln auswählen dürfen. Im kantonalen Parlament wehrten sich linksgrüne Parteien dagegen, bürgerliche waren dafür. Auch die Regierung sperrte sich dagegen. Nun folgt Zürich anderen Kantonen und führt die geleitete Lehrmittelfreiheit ein. Genehmigen wird die Auswahl der Bildungsrat. (ca)

BUNDESHAUS

Eltern erhalten künftig mehr Geld für Kita

Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, erhalten voraussichtlich ab 2029 oder 2030 eine Betreuungszulage. Sie wird 100 Franken pro Tag und Kind betragen. Gegen das im Dezember 2025 im Bundesparlament verabschiedete Kita-Gesetz wurde kein Referendum ergriffen. Die Frist ist am 2. Juli ungenutzt abgelaufen. Analog zu Familien- und Ausbildungszulage soll die neue Zulage von den Arbeitgebern finanziert werden. Weiter können Kantone mit dem Bund Programmvereinbarungen treffen. So sollen Lücken im Betreuungsangebot geschlossen werden.

Sprachunterricht: Bundesrat droht

Der Bundesrat will mit einer Änderung des Sprachengesetzes die Kantone dazu verpflichten, dass auf Primarstufe eine zweite Landessprache unterrichtet wird. Er schickte am 12. Juni eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung. Der Bundesrat reagiert damit auf die parlamentarischen Beschlüsse in mittlerweile drei Kantonen aus der Deutschschweiz. Sie verlangen eine Verschiebung von Französisch in die Oberstufe. Die Vernehmlassung dauert bis zum 5. Oktober.

Gewaltlose Erziehung nun explizit im Gesetz

Seit Anfang Juli ist die gewaltfreie Erziehung explizit im Zivilgesetzbuch festgehalten. Damit wurde eine von internationalen Kinderorganisationen lange monierte Lücke geschlossen. Strafrechtlich ändert sich wenig. Denn Erziehungsmethoden wie Ohrfeigen sind bereits strafbar. Die Wirkung wird laut Botschaft des Bundesrats eher präventiv sein, indem zum Beispiel der zivilrechtliche Kinderschutz gestärkt wird. (ca)